

Nr. 71 Neue Westfälische

Sonntag, 24. März 1990

Kreis und Anlieger auf der Suche nach einem Kompromiß

Anlieger: Appellplatz schlicht und würdig, aber ohne Gedenktafel

Büren-Wewelsburg (sch). Die Beseitigung von Unklarheiten und Ängsten in der Wewelsburger Bevölkerung in bezug auf die anstehende Gestaltung des ehemaligen Appellplatzes des KZ Niederhagen als Denkmal und den Umbau des Burgmuseums standen im Vordergrund einer Bürgerversammlung mit Vertretern von Stadt und Kreis. Heinz Köhler, Dezernent für Kulturfragen des Kreises Paderborn, bestätigte, daß es neben der bestehenden Dokumentation „Kult- und Terrorstätte der SS“ keine zweite Dokumentation auf dem Gelände des ehemaligen Appellplatzes im Siedlungsgebiet Niederhagen geben wird.

Die vorhandene Dokumentation mit dem Modell des KZ reiche völlig zur Veranschaulichung der damaligen örtlichen Gegebenheiten. Die sichtbaren Relikte aus der Vergangenheit, eine alte Lagerbaracke und der Platz als solcher, besäßen jedoch zeitgeschichtlichen Wert und sollen aus denkmalpflegerischen Gesichtspunkten erhalten bleiben, erläuterte Stadtdirektor Wolfgang Runge. Zur Gestaltung des Platzes will die Stadt mehrere Vorschläge erarbeiten und die Anlieger am Niederhagen in den Entscheidungsprozeß miteinbeziehen. Eigene Vorschläge können der Stadt vorgetragen werden.

In der Diskussion mit den Bürgern, geleitet von dem Paderborner Theologen Professor Hubert Frankemölle, wurde immer wieder deutlich, daß eine schlichte und würdige Gestaltung ohne Gedenktafeln und Hinweisschilder durchaus die Zustimmung der Wewelsburger Bevölkerung finden könnte, zumal der Platz sich derzeit in einem verwahrlosten Zustand befindet, und die Umgebung von einer gepflegten Ausgestaltung profitieren würde. Die Vorbehalte und Ängste der Anlieger, noch mehr Aufsehen als bisher zu erzeugen und somit noch mehr Besuchergruppen in die Siedlung zu locken, wurden allerdings unmißverständlich vorgetragen.

Schon zu oft mußten sich die Anwohner über rücksichtslose Besucher ärgern, die mangels Parkmöglichkeiten Privateinfahrten versperrten und Anwohner belästigten. Die Bürgerinitiative „Niederhagen/Wewelsburg“ kritisierte, daß in einem Faltblatt zur Dokumentation für Führungen durch die Siedlungen geworben werde. Auf Anregung von Stadtdirektor Runge soll der Rundweg durch die Siedlung, der im Faltblatt aufgezeigt wird, ersetzt werden durch einen Hinweis auf den Kernplatz und die Baracke.

Kulturdezernent Heinz Köhler versprach, das Faltblatt dem Kulturschuß mit den Anliegen der Bürger erneut zur Diskussion vorzulegen. Hartmut Scholz, Mitglied der Aktion Sühnezeichen und gelegentlicher Führer auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers, wies in dem Zusammenhang auf das bestehende Interesse von Besuchern der Dokumentation hin, neben dem Modell auch den tatsächlichen Ort des NS-Terrors in Augenschein zu nehmen, selbst wenn er dem Betrachter nicht mehr viel zu bieten hat. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzen-

de und stellvertretende Bürgermeister Klaus Vorbeck warb um Verständnis für ruhige, interessierte Schülergruppen, die niemanden belästigen wollten.

Nach Auskunft von Stadtdirektor Runge sollen die Planungen zur Platzgestaltung jetzt anlaufen. Die Realisierung ist für 1991 vorgesehen. Die ehemalige Schießanlage auf dem Gelände des Paderborner Forstamtes wird von den Planungen nicht berührt. Der Auffassung eines Wewelsburger Bürgers, an der Schießanlage hätte es ohnehin nur Schießübungen, jedoch keine Hinrichtungen gegeben, wollte sich Museumsleiter Wulf Brebeck nicht an-

schließen. „Beweisen lassen sich die Erschießungen nicht“, so Brebeck, es gäbe allerdings ausreichende Hinweise, um von Hinrichtungen an diesem Ort auszugehen.

Positives Ergebnis

Ein weiterer Diskussionspunkt war der Umbau des Kreismuseums in der Burg zum Hochstiftmuseum, in einer fünfjährigen Umbauphase wird ein Rundgang durch die Burg geschaffen. Das Äußere der Burg bleibt bis auf einen kleinen Anbau unverändert. In drei Abteilungen gegliedert, soll das neue Museum die Baugeschichte der Burg, die Geschichte des Paderborner Landes und seine Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte darstellen.

Professor Frankemölle bewertete das Ergebnis der Bürgerversammlung positiv: „Das Gespräch, das hier zwischen Dorfbewohnern und -vertretern der Stadt und Kreis begann, muß weitergeführt werden.“ Auch Kulturdezernent Köhler hofft, einen Kompromiß für die Gestaltung des Appellplatzes zu finden, der für alle Seiten tragbar ist. /

Gedenkstein bei der Synagoge

Durch Spenden finanzieren / Lösung nur zusammen mit Stadt

Haigerloch. Beim erneuten Treffen des »Gesprächskreises ehemalige Synagoge« am Donnerstagabend im Bürgerhaus ging es vor allem darum, den beim letzten Gespräch von Stadtpfarrer Willi Kirchmann eingebrachten Gedanken der Aufstellung eines Gedenksteins bei der ehemaligen Synagoge im Haag zu konkretisieren. Einig war sich der Gesprächskreis, dieses Anliegen in einem Gespräch bei der Stadt vorzubringen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Finanzierung dieses Gedenksteins soll durch Spenden gesichert werden.

Die Runde des Bürgertreffs eröffnete Klaus Schubert mit einem herzlichen Gruß an die Anwesenden. Unter ihnen bestand in der Diskussion Einigkeit, daß trotz des derzeit nicht möglichen Erwerbs der ehemaligen Haigerlocher Synagoge es Ziel des Gesprächskreises bleibt, das Gebäude durch eine Umgestaltung einer würdigeren Nutzung zuzuführen. In vergangenen Diskussionen wurde dabei immer wieder herausgestellt, daß in einem überschaubaren Zeitraum eine Kennzeichnung und Würdigung der ehemaligen Synagoge, besonders für Besucher, erreicht werden soll. Betont wurde, daß eine Kennzeichnung des Gebäudes als ehemalige Synagoge durch eine Hinweistafel, wie in anderen Orten bereits geschehen, in Haigerloch nicht ausreichend ist.

Deshalb wurde bereits im vorletzten Gespräch im November die Überlegung von Stadtpfarrer Kirchmann eingebracht, im Rahmen der Platzgestaltung die Aufstellung eines Gedenksteins zu untersuchen. Einen solchen Gedenkstein im Zentrum des Haags sieht der Gesprächskreis zum einen als Symbol für die Erinnerung der Besucher, als Würdigung des ehemaligen sakralen Gebäudes und zugleich als Mahnung für die heutige Zeit, das Geschehene nicht zu vergessen.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich darüber einig, daß die Aufstellung eines solchen Gedenksteins sich nur in enger Zusammenarbeit mit der Stadt vollziehen kann. Deshalb wurde beschlossen, in den nächsten Wochen dieses Vorhaben bei der Stadtverwaltung vorzubringen. Um für weitere Entscheidungen eine Grundlage zu haben, will man zunächst ein Entwurfsmodell in Auftrag geben. Dieses soll die verschiedenen Ideen, die an diesem Abend besprochen wurden, anschaulich machen.

Einig ist sich der Gesprächskreis auch nach wie vor darin, daß die Finanzierung nicht Angelegenheit der Stadt, sondern vielmehr der Bürgerschaft ist. Deshalb soll die Finanzierung des Vorhabens durch Spenden gesichert werden.

Das nächste Treffen des Gesprächskreises ehemalige Synagoge ist für Donnerstag, 26. April, vorgesehen. An diesem Abend soll wieder ein Vortrag im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Schwarzwalder Bote, 17.2.1990